Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Allgemeine Finanzwirtschaft

Das allgemeine Wehklagen über die Misere kommunaler Finanzen scheint – zumindest für Waghäusel – ins Hintertreffen zu geraten.

Nicht etwa, wie man meinen möchte, die längst überfällige und seit Jahren angemahnte Gemeindefinanzreform ist verantwortlich, denn sie steht noch immer aus. Auch der Geldsegen von 2,5 Milliarden Euro aus Einsparungen durch Hartz IV, den die ehemalige Bundesregierung zugesagt hat, und der für einen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden soll, hat weder Waghäusel, noch andere Kommunen bisher erreicht.
In erster Linie war es die Wirtschaftskraft heimischer Unternehmen, die aufgrund von Gewerbesteuerzahlungen in Höhe von 4,8 Mio. € im Haushaltsjahr 2005 eine positive Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt ermöglichte. Es sei hier angemerkt, dass es sich um eine positive Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt, nicht wie in der Presse veröffentlicht um eine negative Zuführung in umgekehrter Richtung handelte. Die ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichten es, statt der prognostizierten 400.000 dem Vermögenshaushalt 2 Millionen Euro zuführen zu können. Eine Verbesserung gegenüber dem Ansatz, die jeden kommunalpolitisch Tätigen mit Freude erfüllt, die aber gleichzeitig als Mahnung dienen muss. Denn erstens liegt es an uns Gemeinderäten, das Wirtschaftsklima in Waghäusel weiter zu verbessern, zumindest aber auf dem bestehenden Niveau zu halten, und zweitens müssen wir uns stets gegenwärtig sein, dass auch die in Waghäusel ansässigen Mittelständler abhängig sind von nationaler und internationaler Konjunktur, was trotz unser aller Anstrengungen zu Gewerbesteuerausfällen führen kann, wie wir in den Vorjahren in schmerzlicher Weise erfahren mussten.

Der Stärkung unseres kleinen Wirtschaftsstandortes Waghäusel, eingebettet in einen großen und seit Jahrzehnten erfolgreichen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg muss auch in den kommenden Jahren Priorität eingeräumt werden! Dies ist unerlässlich zur Erhaltung und Verbesserung der Kommunalfinanzen und immer wichtiger werdend zur Erhaltung und Ausweitung des Arbeitsplatzangebots in Waghäusel und in den umliegenden Gemeinden.
Dass auch für das Haushaltsjahr 2006 mit einem Gewerbesteueraufkommen von 4,5 Mio. Euro gerechnet wird, zeigt das berechtigte Vertrauen der Verwaltung in die heimische Wirtschaft. Wie erwähnt betrugen die Einnahmen hieraus im Jahr 2005 4,8 Mio. Euro, die Rechnung 2004 erfasste allerdings nur 2,8 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen! Allein diese Mehreinnahmen führten in 2005 und führen hoffentlich auch in 2006 zu positiven Zuführungen vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt in beträchtlicher Höhe.

Schon allein diese Abhängigkeit zeigt, auf welch dünnem Eis sich die Stadt Waghäusel bewegt und macht uns bewusst, dass wir uns einen finanziellen Harakiri nicht leisten können – ganz besonders nicht in der mittelfristigen Finanzplanung, die für den Gemeinderat noch weniger überschaubar ist, als das nächste Haushaltsjahr. Auch dies ein Grund dafür, dass die Sanierung des Hallenbades keine Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung durch den Gemeinderat fand, sondern von der CDU/JL durch konsequente Bildung von Rücklagen und Vorantreiben der Planung vorbereitet wurde. Schließlich konnten sich der komplette Gemeinderat und die Verwaltung unserer Forderung nach Einplanung von Haushaltsmitteln anschließen und eine Realisierung in den Jahren 2006 und 2007 ermöglichen. Dass sich auch der Bürgermeister vehement hinter die Forderung der CDU/JL gestellt hat, hängt hoffentlich nicht nur mit der 2006 stattfindenden Landtagswahl und der 2007 anstehenden Bürgermeisterwahl zusammen!

Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt ist in den farblich getrennten Plänen des Haushalts 2006 auf grünen Seiten dargestellt. Grün wie die Hoffnung – wird hier der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die Einnahmeansätze im Einzelplan 9, Allgemeine Finanzwirtschaft, Steuern, Zuweisungen und Umlagen tatsächlich erzielen lassen? Wie bereits ausgeführt müssen die Gewerbesteuereinnahmen von 4,5 Mio. Euro erst noch realisiert werden, um von einem erfolgreichen Haushaltsjahr 2006 reden zu können. Auffallend ist in diesem Einzelplan auch, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes an unsere Stadt mit mehr als 5 Mio. Euro für 2006, wie bereits für 2005 angesetzt wurden. Die Rechnung 2004 weist Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 3,3 Mio. Euro aus. Eine Erhöhung im laufenden und im kommenden Jahr von 1,7 Mio. Euro jährlich und das, obwohl von anderer Seite immer wieder behauptet wird, dass die CDU-geführte Landesregierung in die Kommunalhaushalte eingreifen und den Kommunen in Baden-Württemberg Millionen Euro entziehen würde. Aufgrund unserer hohen Gewerbesteuereinnahmen wird sich für 2007 aber voraussichtlich wieder eine Verringerung der Zuweisungen einstellen.

Im Blickpunkt der Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Stadt stehen immer wieder die Arbeitsleistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Im Blickpunkt der Kolleginnen und Kollegen Stadträte steht immer wieder der Anteil der Personalkosten als Ausgabenblock im Verwaltungshaushalt.
Zur Arbeitsleistung möchte ich im Namen der CDU/JL-Fraktion festhalten, dass wir die Arbeit der Verwaltung schätzen und die erbrachte Leistung loben. Sollte es in Ausnahmefällen – und ich betone, es gibt nur wenige Ausnahmen – zu Beanstandungen durch unsere Fraktion kommen, so sprechen wir diese an und vertrauen darauf, dass die Verwaltungsspitze in der Lage ist, für Abhilfe zu sorgen. Das Lob und den Dank unserer Fraktion für die insgesamt gute Arbeitsleistung der Verwaltungsbediensteten bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

Zum Personalkostenanteil von 19% an den Ausgaben des Verwaltungshaushalts stelle ich für die CDU/JL-Fraktion fest, dass es sich um einen hohen, aber erträglichen und gemessen an der Gesamtleistung durchaus vertretbaren Anteil handelt. Es zeigt sich, dass die restriktiven Vorgaben des Gemeinderats bezüglich Neueinstellungen angemessen und berechtigt sind. Entstehende Kosten aufgrund von Altersteilzeit-Regelungen werden wir künftig neu beraten müssen.

Dass die CDU/JL-Fraktion vorbehaltlos für den Schutz der Bevölkerung eintritt zeigt unter Anderem die Tatsache, dass wir, wie der gesamte Gemeinderat ohne Wenn und Aber die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges der Abteilung Waghäusel unterstützt haben und dies sehr kurzfristig, um die Einsatzbereitschaft unserer Wehr jederzeit aufrecht zu erhalten. Unser Dank und unsere Anerkennung gilt den zahlreichen Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehr, des DRK und des THW in unserer Stadt, die sich dem Schutz der Bevölkerung verschrieben haben und Tag und Nacht ehrenamtlich Einsätze fahren!

Der auf Initiative der CDU-Fraktion bereits vor einigen Jahren gedeckelte Zuschuss an die Musik- und Singschule Waghäusel- Hambrücken ist ein Beweis dafür, dass eine vorausschauende Finanzplanung und berechenbare Zuschussgewährung zu einer erfolgreichen Arbeit der Einrichtung beiträgt. Die Stadt Waghäusel ist gemeinsam mit der Gemeinde Hambrücken verlässlicher Partner der Musik- und Singschule, was man gerade in jüngster Vergangenheit von anderen Kommunen in Bezug auf ihre Musikschulen nicht behaupten kann.

Die Weiterbildung der Bevölkerung, insbesondere junger Menschen liegt der CDU/JL-Fraktion am Herzen und dabei nimmt die kulturelle Entwicklung einen großen Stellenwert ein. Neben der genannten Musik- und Singschule und den zahlreichen kulturellen Vereinen und Sportvereinen unserer Stadt, die über Vereinsförderrichtlinien Unterstützung erfahren, ist es in besonderem Maße die Bibliothek, die einen wesentlichen Beitrag leistet und aus diesem Grund zurecht von der Stadt Waghäusel unterhalten wird!

Es zeigt sich, dass mit zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, mehr als 140.000 Ausleihen und dem räumlichen Bezug zur Realschule Waghäusel besonders für Schülerinnen und Schüler aber auch für zahlreiche Erwachsene die Stadtbibliothek zu einem Magneten in der Angebotspalette Waghäusels wurde.
Das Buch – und ich denke, darin ist sich der Gemeinderat einig – soll auch künftig das bestimmende Medium im Angebot unserer Bibliothek sein. Allerdings wäre es gedanklich zu kurz gesprungen, wollte man ausschließlich das Buch als Medium präsentieren. Neue Medien wie Hörbücher, Lern-CDs, Internet- Zugriffe und andere Angebote führen, und viele Beispiele belegen dies, gerade junge Menschen zum Buch. Verantwortungsvolle Pädagogen an unseren Waghäuseler Schulen wissen dies und unterstützen deshalb die Anschaffung von Büchern und neuen Medien.

Die Altenpflege und –Betreuung hat in unserer Stadt besonders in den letzten Jahren eine überaus positive Entwicklung durch den Aus- und Neubau von Betreuungsangeboten erfahren. Die CDU wurde bestärkt und vom Gemeinderat unterstützt in ihrem seit vielen Jahren andauernden Bestreben, dezentrale Einrichtungen zu schaffen und damit eine möglichst wohnortnahe Betreuung und Versorgung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gestatten, sofern eine häusliche Versorgung nicht mehr möglich ist. Ich kann mich noch gut an die Anfangszeit meiner Tätigkeit im Gemeinderat Ende der 80iger Jahre erinnern, als es eine parteipolitisch umstrittene Frage in diesem Gremium war, ob Altenbetreuungseinrichtungen zentral oder dezentral vorgesehen werden sollten. Im nachhinein – und ich bin froh, dass dies zwischenzeitlich auch über Parteigrenzen hinweg so gesehen wird -, sind wir uns in diesem Gremium einig, dass wir die richtige Entscheidung getroffen haben.

Die Betreuung der Kinder in Kindergärten nimmt mit einem Zuschussbedarf von mehr als 1,5 Mio. Euro einen wesentlich höheren Zuschuss im Verwaltungshaushalt 2006 in Anspruch als unsere Schulen mit knapp 900.000 Euro. Neben anderen Faktoren eine Auswirkung der Tatsache, dass die Kommunen per Bundesgesetz den Rechtsanspruch auf Bereitstellung von Kindergartenplätzen ab Erreichen des 3. Lebensjahres erfüllen mussten, dafür aber weder vom Bund noch vom Land ausreichende finanzielle Mittel an die Kommunen weitergegeben wurden.
Im Gegenteil hat das Land aufgrund seiner finanziellen Misere die Bezuschussung von Kinderbetreuungseinrichtungen auf dem Bestand des Jahres 2002 eingefroren. Das nun wirksame Tagesbetreuungsausbaugesetz schreibt vor, bis zum Jahr 2010 allen Kindern bis zum 14. Lebensjahr einen Tagesbetreuungsplatz zur Verfügung stellen zu können, sofern Bedarf besteht.
Sollte es nicht gelingen, und bisher deutet alles darauf hin, da Hartz IV offensichtlich nicht die versprochenen Entlastungen von 2,5 Mrd. Euro bringen kann, den Kommunen einen finanziellen Ausgleich zu sichern, so werden die entstehenden Betreuungskosten allein durch Eltern und Gemeinden zu tragen sein. Da die Gemeinden am Rande ihrer Möglichkeiten angelangt sind, würde eine für viele Familien nicht tragbare Beteiligung der Eltern notwendig werden.
Für die Stadt Waghäusel heißt das, dass wir die bisherigen umfangreichen Betreuungsangebote nur so weit ausbauen können, wie es für Stadt und Familien bezahlbar bleibt, nicht aber wie es wünschenswert wäre.
In diesem Zusammenhang regt die CDU/JL-Fraktion an, die zu erwartende Einsparung von ca. 100.000 € aus einer verringerten Kreisumlage für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen. Bekanntlich wird auf Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag die Steigerung der Kreisumlage nicht wie vorgeschlagen und im vorliegenden Haushaltsplan gerechnet um 1,5%-Punkte, sondern nur um einen %-Punkt erhöht, sofern der Kreistag den von der CDU initiierten Beschluss des Verwaltungsausschusses bestätigt, was im Januar erwartet werden kann.

Wie die Schulen und Kindergärten von der Stadt Waghäusel in hohem Maße bezuschusst und damit gefördert werden, bezuschussen wir auch den Schülerhort im Haushaltsjahr 2006 mit knapp 96.000 Euro. Die CDU/JL-Fraktion unterstützt die Arbeit, die im Schülerhort geleistet wird ausdrücklich und hat deshalb mit einer Deckelung der Defizitzahlung zu einer langfristigen Erhaltung und Finanzierbarkeit dieser Einrichtung wie vorher zur Erhaltung der Musik- und Singschule beigetragen.

Zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades unserer Bäder wird die beschlossene Sanierung des Hallenbades nur einen geringen Beitrag leisten können. Nichtsdestotrotz sind wir der Überzeugung, dass eine Stadt wie Waghäusel den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, besonders auch den Jugendlichen eine Sportstätte dieser Art und damit eine Möglichkeit zur Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung stellen soll. Über Möglichkeiten der Verbesserung des Kostendeckungsgrades werden wir uns in diesem Gremium unmittelbar nach erfolgter Sanierung Gedanken machen müssen. Als Vorteil betrachten wir hierbei, dass das planende Architekturbüro unseren Informationen zufolge von einer Reduzierung der Bewirtschaftungskosten um bis zu 20% nach erfolgter Sanierung ausgeht.

Sehr zeitnah müssen wir uns Gedanken machen, wie der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen verbessert werden kann.
Da wir nun schon seit Monaten auf die Problematik der Unterdeckung in diesem Bereich hinweisen, hätten wir uns gewünscht, von Verwaltungsseite dem mit der Gebührenberechnung beauftragten Büro mehr Druck zu machen, um schon zum Haushaltsjahr 2006 neue Gebühren erlassen zu können, die das Defizit der Stadt von knapp 50% verringern können.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt, also der Haushalt, in dem die Investitionen und damit die „gestalterischen Elemente“ des Gemeinderats und der Stadt enthalten sind, nimmt mit einem Volumen von 9 Mio. Euro und damit einem Anteil von 22,5% am Gesamthaushaltsvolumen etwa dieselbe Größe ein, wie dies im Haushaltsjahr 2005 bereits der Fall war und noch ist, allerdings nach Verabschiedung der ersten Nachtragssatzung 2005 vor etwa einem Monat.

Neben der Zuführung vom Verwaltungshaushalt von 900.000 € sind es die Erlöse aus Grundstücksverkäufen von mehr als 4,4 Mio. Euro welche die Einnahmen decken, um investieren zu können. Großen Anteil haben daneben eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 1,5 Mio. Euro, die durch in 2005 erhöhte Gewerbesteuereinnahmen ermöglicht wurde und „Rückflüsse von Kapitaleinlagen“ in Höhe von 1,5 Mio. Euro
Diese „Rückflüsse von Kapitaleinlagen“ sind es, die im Gemeinderat für erheblichen Unmut gesorgt haben:

Es handelt sich hierbei um Rücklagen des Zweckverbandes Wasserversorgung Lußhardt, die laut Gemeindeprüfungsanstalt zurückgezahlt werden müssen. Diese Beanstandung im Prüfungsbericht und nichts anderes war die Aufforderung zur Rückzahlung wurde den Fraktionsvorsitzenden und danach dem Gemeinderat erst mitgeteilt, nachdem es keine andere Möglichkeit mehr gab, weil die GPA auf Rückzahlung drängte.
Auf meine Frage, warum die Fraktionen bei der Besprechung des Prüfungsberichtes nicht frühzeitig einbezogen wurden, erhielt ich zur Antwort, dass man Zitat: „die Fraktionen informiert, wenn gravierende Beanstandungen vorliegen.“
Die Tatsache, dass der Zweckverband Wasserversorgung Lußhardt insgesamt 1,8 Mio. und davon 1,5 Mio. Euro an die Stadt Waghäusel zurückzahlen muss, halte ich durchaus für eine gravierende Beanstandung, die den Fraktionen des Gemeinderats, nicht nur den Vertretern in den Zweckverbänden unverzüglich mitzuteilen ist!

Um eventuellen Fehlbeurteilungen von „gravierenden Beanstandungen“ vorzubeugen fordere ich die Verwaltung auf, zu Besprechungen von erfolgten Prüfungen durch die GPA in jedem Fall Vertreter der Fraktionen einzuladen und darüber hinaus nach Vorlage des schriftlichen Prüfungsberichtes diesen den Fraktionen unverzüglich zukommen zu lassen!

Die Grundstücksverkäufe von 4,4 Mio. Euro sind keineswegs, wie verschiedentlich gemutmaßt wird, nicht vertretbar, weil es sich um „Verkauf von Tafelsilber“ handeln würde. Ganz im Gegenteil ist es vollkommen normal und in der freien Wirtschaft, bei privaten und bei öffentlichen Haushalten üblich, sich von Immobilienvermögen zu trennen, um in Baumaßnahmen, also zum Großteil wiederum Investitionen ins Immobilienvermögen, zu investieren!
Diese Baumaßnahmen schlagen im Ansatz 2006 mit 5,9 Mio. Euro zu Buche, übersteigen die Verkaufserlöse von 4,4 Mio. Euro also deutlich. Außerdem werden über 2 Mio. Euro zur Begleichung von Erschließungsbeiträgen eingesetzt, die ebenfalls werterhöhend wirken.

In diesem Zusammenhang wiederhole ich den Antrag der CDU/JL-Fraktion aus der Haushaltsberatung für das Jahr 2005, welcher der Verwaltung seit nunmehr 11 Monaten schriftlich vorliegt:

Die CDU/JL-Fraktion stellt den Antrag, dass die Fraktionen eine schriftliche Auflistung der Immobilien der Stadt Waghäusel mit Angaben der jährlichen Kosten und Erlöse erhalten.

Auch wiederhole ich gerne meine damalige Begründung, die auch heute noch Gültigkeit hat:
„Wir müssen in finanziell schwierigen Zeiten auch weiterhin konsequent das Ziel verfolgen, uns von nicht notwendigen und obendrein oft kostenintensiven Objekten zu trennen sofern dies wirtschaftlich und sozial vertretbar ist.“
Die längst überfällige Beratung zum Verkauf der Silos im Südzuckergelände ist ein Beispiel, wie auf die Erschließung von Einnahmequellen verzichtet wurde.

Bebauungspläne

Weiterhin haben Mitglieder meiner Fraktion schon vor längerer Zeit gefordert, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreiten solle, wie der in vielen Fällen nicht zumutbaren nachträglichen Verdichtung von Wohnbebauungen Einhalt geboten werden kann.

Gerade der jüngste Bauantrag zur Bebauung eines Grundstücks in der Frankenstraße zeigt, wie sensibel ein Vorhaben behandelt werden muss, wenn in einer homogenen Umgebungsbebauung von Ein- und Zweifamilienhäusern eine Baulücke mit einem Sechsfamilienhaus bebaut werden soll. Leider ist die beschriebene Situation kein Einzelfall sondern wird in ähnlicher Form immer wieder zur Genehmigung vorgelegt. Wir können uns vorstellen, dass die Begrenzung der Anzahl von Wohnungen Abhilfe schaffen kann, sofern dies rechtlich zulässig ist. Dies muss von der Verwaltung geprüft werden. Alternativ bitten wir um weitere Vorschläge.
Zum Thema Erstellen von Bebauungsplänen stelle ich für die CDU/JL-Fraktion darüber hinaus einen Antrag, dessen Umsetzung eigentlich selbstverständlich sein sollte:

Bei Beratung und anschließender Aufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen sind den beschlussfassenden Organen die schriftlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan rechtzeitig vor Beratung und Beschlussfassung zukommen zu lassen.

Da mit den Satzungsbeschlüssen zu Bebauungsplänen auch die schriftlichen Festsetzungen beschlossen werden, müssen sie auch Bestandteil der Unterlagen zur Vorbereitung sein.

Zweckverband Abwasser

Beim Starkregenereignis am 11. September 2005 wurde besonders beim ältesten Hebewerk der Stadt an der unteren Bachstraße, das mit einem Reinigungsbesen ausgestattet war, deutlich, dass ein Ablaufproblem besteht, das gelöst werden muss. Wie vom Kollegen Erhard Schmitteckert schon seit langer Zeit gefordert, wurde der Reinigungsbesen endlich und kurzfristig nach dem Starkregen entfernt. Das Problem, dass viel Grobschmutz in den Bach ausgetragen wird, besteht aber weiterhin.

Eine Lösung dieses Problems ist überfällig, denn die Bevölkerung besonders die Anwohner haben kein Verständnis dafür, dass zwar der Bachlauf beim Schlossplatz für viel Geld ausgebaut und hergerichtet wurde, dass es aber immer noch zu erheblichen Verunreinigungen am sogenannten Stinkbachstrand nach Starkregen kommen kann.

Den Beitrittsantrag der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen zum Zweckverband Abwasser halten wir für eine wichtige Gemeindeangelegenheit, die schnellstmöglich in den zuständigen Gremien beraten werden muss um Klarheit über die finanziellen Auswirkungen der auch ohne einen Beitritt notwendigen Erweiterung der Kläranlage zu erhalten.

Straßenverkehr

Da der Bau der Südwestspange in naher Zukunft möglich ist, besteht gemäß Verkehrsgutachten auch die Notwendigkeit der Verlegung der L556 im Bereich Beethovenstraße bis zur Kapelle. Planvarianten wurden vorgestellt, die Fraktionen hatten ausreichend Zeit, diese zu diskutieren.

Die CDU-Fraktion beantragt, im Gemeinderat unverzüglich die Varianten einer Verlegung der L556 zu beraten und eine Planung zu beauftragen.

Da im Haushaltsjahr 2006 die Mittel zur Sanierung des Hallenbades eingestellt sind und damit dieselbe beginnen kann, hat die CDU-Fraktion davon Abstand genommen, im selben Haushaltsjahr weitere kostenintensive Maßnahmen zu beantragen. Deshalb beschränkten wir uns auf Anträge, die bezahlbar sind und die der Sicherheit der Bevölkerung Waghäusels dienen:

Die Schaffung von Querungshilfen an gefährlichen Straßenabschnitten.
Für uns ist es dabei unerheblich, ob die Querungshilfe aus einem Zebrastreifen oder einem Fahrbahnteiler besteht. Beides dient der Sicherheit der Bevölkerung, besonders der Kinder.

In diesem Zusammenhang betonen wir noch einmal, dass wir die Einführung von Tempo-30-Zonen unterstützen in Bereichen, wo dies erforderlich erscheint wie in der nähe von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und gefährlichen Engstellen.
Darüber hinaus machen diese Zonen keinen Sinn, da wir sie aufgrund der hohen Kosten weder durch bauliche Maßnahmen unterstützen können, noch eine Kontrolle und Überwachung der Einhaltung des Tempolimits in weitläufigen Gebieten gewährleistet werden kann.
Wir hätten in diesem Zusammenhang kein Verständnis, wenn die Verwaltung ohne Zustimmung des Gemeinderats oder des zuständigen Ausschusses 30-km-Zonen einrichten würde.
Auch fehlt uns jegliches Verständnis, dass die durch den Gemeinderat festgelegten Straßennamen nach Gutdünken der Verwaltung zur Anwendung kommen oder nicht zur Anwendung kommen. Dies zu entscheiden ist Sache des Gremiums, das die Straßennamen festgelegt hat, nicht Sache einzelner Mitarbeiter der Verwaltung.

Zum Abschluss meiner Ausführungen ergeht mein Dank im Namen der CDU/JL-Fraktion an die gesamte Verwaltung, im Besonderen an Sie, Herr Zepp, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die rechtzeitige Erstellung und Einbringung des Haushaltsplanentwurfs.
Vor allem danken wir Ihnen für die ständige Bereitschaft, Gespräche bezüglich Jahresrechnung und Haushalt zu führen, Fragen zu beantworten und jederzeit Auskünfte zu erteilen.

Abschließend darf ich erklären, dass die CDU/JL-Fraktion der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2006 und dem Hiebs- und Kulturplan 2006 zustimmt.